

Der Ukrainekrieg in der vietnamesischen Presse

Ein Analyse der Berichterstattung. 2. Teil

Günter Giesenfeld

Der erste Teil dieser Zusammenstellung ist bei unseren Mitgliedern auf vielfältiges positives Echo gestoßen. Deshalb und natürlich auch, weil der Krieg noch lange nicht zu Ende ist, setzen wir die Darstellung hiermit fort. Auch dieses Mal wird es (kursiv gesetzte) Kommentare und Erläuterungen geben, die den Unterschied der vietnamesischen Berichterstattung zu der unsrigen deutlich machen sollen.

Nach dem G7-Gipfel am 27.6.2022 in Madrid beschuldigt Russland die NATO der „bislang größten Bedrohung des Westens“ und intensiviert seine Angriffe im Osten der Ukraine. Ziel ist vor allem die Stadt Lyssytschansk, in der noch 15.000 Menschen unter den Bombenangriffen verbleiben müssen, weil die Stadt eingeschlossen ist. Ein regionaler Politiker Serhiy Gaidai: „Die Offensive ist pausenlos, das trifft vor allem für die dortige Ölraffinerie zu.“

Die NATO fordert Schweden und Finnland auf, die Truppen an ihren Ostgrenzen zu verstärken. Putin reagiert mit der Drohung einer „entsprechenden Antwort“, sollten die USA in den beiden Ländern „entsprechende Infrastrukturen“ einrichten. Er könne nicht ausschließen, dass dies Spannungen im Verhältnis dieser beiden Staaten zu Russland zur Folge

haben werde. US-Präsident Biden kündigt an, die US-Militärpräsenz in ganz Europa zu verstärken, inklusive eines permanenten Hauptquartiers mit US-Truppen in Polen. Stoltenberg: „Wir werden 300.000 Soldaten bis 2023 in Aktionsbereitschaft stellen.“ (1.7.¹)

17 Tote bei Raketenangriff in Odessa. Gleichzeitig räumen die russischen Truppen die Schlangeninsel vor der Küste von Odessa.² „Dies verändert die Situation im Schwarzen Meer beträchtlich“ (Selenskyj). Obwohl auch der uk-

1 Daten, an denen in der online-Ausgabe der VNS die hier referierten Fakten berichtet und Zitate wiedergegeben werden. Bei der – oft kuriosen – Wiedergabe der Inhalte wird auf die Nutzung des Konjunktivs (indirekte Rede) verzichtet, außer die VNS zitiert selbst indirekt.

2 Sie ist eine der wenigen kleinen Inseln im Schwarzen Meer. Auf ihr gibt es eine Siedlung mit etwa 30 Einwohnern.



Foto: AFP

Lyssytschansk

rainische Präsident von einer „Räumung“ spricht, wird der Vorgang im Westen als „Sieg“ der ukrainischen Armee gefeiert. „Wir haben gesehen, wie es der Ukraine gelingt, die russischen Truppen zurückzutreiben. Wir haben es in Kiew gesehen und in Charkiw, jetzt sehen wir es auf der Schlangeninsel“, so der britische Präsident Johnson. In Moskau möchte man in dem Rückzug einen „Beweis guten Willen“ sehen, um zu zeigen, dass Russland nicht die schon anlaufenden Getreidetransporte aus der Ukraine behindern will.“ Danach spricht man auch in Kiew von einem Sieg. „Sie machen das immer so“, so der ukrainische Außenminister Dmytrow Kuleba, „sie versuchen, auf diese Weise ihre Niederlagen zu herunterzuspielen“. (2.7.)

Die Schlacht um Lyssytschansk. Die letzte noch nicht gefallene große Stadt in der Provinz Luhansk sei umzingelt, behauptet Moskau. Ruslan Muytchuk, Sprecher der ukrainischen Nati-

onalgarde, entgegnet: „Die Stadt ist nicht umzingelt und immer noch unter ukrainischer Kontrolle“ Der Präsident von Tschetschenien Ramsan Kadyrow schreibt dagegen auf der Internetseite Telegram: „Die Falle ist zu, alliierte³ Truppen haben Lyssytschansk komplett eingeschlossen.“

Der weißrussische Präsident Lukaschenko wirft der Ukraine vor, sein Land mit Raketen angegriffen zu haben, die seine Armee allerdings alle abgefangen habe. Kurz zuvor hatte die Ukraine behauptet, Weißrussland beteiligte sich am russischen Krieg mit Truppen. „Wir sagen seit mehr als einem Jahr, dass wir nicht die Absicht haben, in der Ukraine einzudringen“. Selenskyj behauptet aber weiterhin, es habe am 3. Juli sechs Raketenangriffe aus Weißrussland gegeben.

Am 4. Juli soll eine Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine in der Stadt Lugano (Schweiz) beginnen. Mehrere

³ d.h. russische

Dutzend Länder und internationale Organisationen werden teilnehmen. Man will die Kosten ermitteln, die für einen Wiederaufbau von Städten und Infrastrukturen nötig sind und rechnet mit 740 Mrd. US-\$. Aber es sollen von der ukrainischen Seite auch umfangreiche politische und gesellschaftliche Reformen – vor allem der Kampf gegen Korruption – gefordert werden. (4.7.)

Mit der endgültigen Einnahme der Stadt Lyssytschansk ist die ganze westliche Region Luhansk erobert und für Putin beginnt eine neue Phase: die Eroberung des östlichen Teils der Provinz Donbas (das Donezbecken). „Diese Städte im Osten sind nur verloren gegangen, weil 60 Prozent der russischen Truppen im Westen involviert waren, und es wird schwierig sein, sie in den Süden zu bringen.“ (Oleksiy Arestovych, Berater des ukrainischen Präsidenten). Man wolle jetzt gleichzeitig im Donbas weiterkämpfen, aber vor allem im Süden Gegenoffensiven einleiten. (6.7.)

In Lugano wird der Ukraine zugesichert, dass man den Wiederaufbau des Landes unterstützen werde, auch wenn es sehr lange dauern und sehr teuer werde. Der Schweizer Präsident Ignazio Cassis warnte jedoch davor, russische eingefrorene Vermögen der Ukraine zu überlassen. Anscheinend war eine solche Initiative auf der Konferenz vorgeschlagen worden. Das wäre ein gefährlicher Präzedenzfall. „Das Recht auf Eigentum, das Recht auf Besitz ist ein grundlegendes Recht, ein Menschenrecht.“ Dieses dürfe nur dann ausgesetzt werden, wenn

es dafür eine legale Rechtfertigung gebe, wie etwa im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. (7.7.)

Die Kämpfe im Donbas gehen weiter um die Stadt Slowjansk. Moskau bekräftigt weiterhin, dass die Vertreibung der ukrainischen Truppen aus den beiden Regionen Luhansk und Donezk das zentrale Ziel seiner „speziellen Operation“ sei.

In Russland werden Gesetze im Parlament vorbereitet, die die Unternehmen dazu verpflichten, Waren an die Armee zu liefern – und die Arbeiter, zu diesem Zweck Überstunden zu machen. (8.7.)

Putin (laut TASS): „Wir haben gehört, dass der Westen gegen uns bis zum letzten Ukrainer kämpfen will. Das ist eine Tragödie für das ukrainische Volk, aber es sieht so aus, als würde alles sich in diese Richtung bewegen.“ Präsident Selenskyj antwortete ihm so: „Das HisSEN der ukrainischen Flagge auf der Schlangeninsel ist ein Zeichen dafür, dass mein Land nicht zerbrechen wird.“ (9.7.)

Die Schlangeninsel wird zum Symbol der militärischen Entschlossenheit stilisiert, obwohl sie offensichtlich nicht erobert wurde. Als dort die ukrainische Flagge gehisst wurde, seien russische Flugzeuge gekommen und hätten die Szene bombardiert, behauptet Kiew. Hier wie an vielen anderen Beispielen aus dieser Zusammenstellung wird deutlich, dass, was die Propaganda angeht, es kaum einen Unterschied mehr zwischen den beiden Kriegsgegnern zu geben scheint. Abgesehen von der westlichen Sprachrege-

lung über den „grundlos angefangenen Aggressionskrieg“ wird deutlich, dass beide Seiten eine Haltung einnehmen, die auf der gleichen Ebene von unvereinbaren Behauptungen und Maximalforderungen beruht. Das erschwert mit Sicherheit massiv eventuelle Verhandlungen über einen Waffenstillstand oder Frieden.

VNS veröffentlicht – was selten vorkommt – eine Reportage mit Bildern darüber, wie das Leben in der Ukraine sich normalisiert. AFP erzählt die Geschichte der Viktoria Mirochnischenko, die einen Spielzeugladen in Kramatorsk hat und offen hält. Sie habe sich an den Lärm der Einschläge gewöhnt, sagt sie. Aber nach dem 24. Februar habe sie ihren Laden geschlossen, weil sie keine ausreichende Unterstützung von der Regierung erhalten habe. „Erst vor einigen Wochen öffnen nach und nach die Läden wieder. Die Bewohner in dieser Straße, die ihre Häuser verlassen haben, kommen jetzt nach und nach wieder zurück. Aber als Kunden kommen vor allem ukrainische Soldaten in die Geschäfte. Denn die Zurückgekommenen haben kein Geld.“ Der Krieg sei immer noch in der Nähe, sagt sie. „Wenn wir die schweren Bombardierungen von der einen oder der anderen Seite⁴ hören, dann haben wir Angst und fragen uns, was noch kommen wird.“ Vladimir Pozolotin hat einen Fahrradladen und macht gute Umsätze (relativ: nur 10 Prozent so viele wie vor dem Krieg), weil die Leute sich nicht trauen, mit dem Auto durch die

Stadt zu fahren. „So kaufen sie neue Fahrräder oder lassen ihre alten reparieren.“ sagte er, der selber jeden Tag mit dem Fahrrad 3 km zwischen Wohnung und Geschäft pendelt. Aber er ist die ganze Zeit dageblieben: „Weggehen? Ja wohin denn?“ (10.7.)

Das Abkommen von Istanbul

Russland und die Ukraine verhandeln, vermittelt durch den türkischen Präsidenten und die UNO, in Istanbul über Getreide-Exporte übers Schwarze Meer. Die Ukraine ist einer der weltweit größten Exporteure von Gerste und Mais. Der für viele arme Länder vitale Export ist seit Februar wegen der Belagerung aller ukrainischen Häfen durch russische Schiffe und der Verminung der Küste des Schwarzen Meers durch die Ukraine unmöglich geworden. Außerdem sind inzwischen nach amerikanischen Einschätzungen 22 Prozent der Anbaufläche in russischer Hand. Ziel der Verhandlungen sei nach Aussagen des türkischen Verteidigungsministers Hulusi Akar, einen sicheren Schiffsweg durch das Schwarze Meer zu schaffen. In ukrainischen Häfen liegen 25 Mio. t Getreide und „20 Frachtschiffe bereit, die Exporte zu transportieren.“ Es müssen nur sichere Korridore an den Minen vorbei geschaffen werden.⁵ (14.7.)

Kämpfe in der Nähe des Kernkraftwerks Saporischschja. Es ist kurz nach Kriegsbeginn von Russland besetzt worden, wird aber immer noch vom ukrainischen Personal betrieben. Die Ukraine

⁴ sic.! (Red.)

⁵ Eine komplette Entminung würde viel zu lange dauern. Übrigens: Die Schlangeninsel liegt mitten in einem dieser Korridore.

beschuldigt Russland, durch die Bombardierung nahegelegener Städte wie Nikopol und Dnipro eine Beschädigung des Kraftwerks und damit einen gefährlichen Unfall zu riskieren. Außerdem „bringen die Besatzer ihre Militärmaschinerie direkt ins Kraftwerk, inklusive Raketen- systeme und feuern von dort aus“, sagt Petro Kotin, der Leiter der ukrainischen Nuklearagentur Energoatom im Fernsehen. (18.7.)⁶

Schwere Krise in der ukrainischen Regierung. Die Generalstaatsanwältin Iryna Venediktova und der Sicherheitschef Ivan Bakanov sowie weitere Beamte aus der Rechtsabteilung der Regierung werden des Verrats verdächtigt und ihrer Ämter entthoben. Selenskyj: „Mehr als 650 Fälle des Verrats und der Unterstützung Russlands durch ukrainische Sicherheitsorgane sind untersucht worden.“ Darunter seien auch Fälle von Beamten, die in den besetzten Gebieten geblieben seien und nun dort „gegen unseren Staat arbeiten“. Er nennt die Vorfälle „Verbrechen gegen die Grundlagen der nationalen Sicherheit“, die nun untersucht und bestraft werden müssten.

Diese innere Krise kommt zu einem Zeitpunkt, in dem die EU weitere Sanktionen beschließen will, darunter ein Verbot des Ankaufs von Gold in Russland.

In einem Interview mit der BBC schätzt Admiral Tony Radakin, Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte, dass bis jetzt 50.000 russische Soldaten

getötet oder verwundet und fast 1.700 Panzer und 4.000 bewaffnete Fahrzeuge zerstört worden seien. (19.7.)

Putin erklärt in Teheran, wo er sich mit Erdogan trifft, Russland werde den Weg für die Getreideschiffe nur freimachen, wenn der Westen Sanktionen gegen russische Schiffe aufhebe. In Istanbul treffen sich russische und ukrainische Delegationen zu Gesprächen über die Getreideexporte. (AFP).

Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow, auf Besuch in den USA, fordert die Lieferung von Präzisions-Antiraketensystemen an: Sie würden „das Spiel wenden“.

Abgeordnete des ukrainischen Parlaments haben in den sozialen Medien mitgeteilt, dass der Präsident „mit überwältigender Mehrheit bei der Aufdeckung und Behandlung der Spionagefälle unterstützt“ werde. Selenskyj kündigt erneut an, dass die Fälle von vermutetem Verrat jetzt untersucht würden.

Die Ukraine verkündet bei den Verhandlungen in Istanbul, dass sie eine Vereinbarung zur Ermöglichung von Getreide-Exporten nur mit der Türkei und den USA unterzeichnen werde, nicht mit Russland. „Russland kann ja eine entsprechende Vereinbarung mit der Türkei treffen.“ Ein Bruch des Abkommens und ein Eindringen in ukrainische Häfen werde „auf sofortige militärische Reaktionen treffen“. Im Kreml heißt es, es sei „sehr wichtig, nicht noch Zeit zu verlieren“.

Während der ganzen Verhandlungen hat die russische Armee ihre Angrif-

⁶ Diese gegenseitigen Beschuldigungen sind fortan immer wieder Gegenstand von Verlautbarungen beider Seiten. Deswegen werden sie hier nicht jedes mal wiederholt. Red.



Foto: XINHUA/VNS

Verhandlungen in Istanbul

fe im Osten fortgesetzt. VNS schreibt: „Der jetzt fünf Monate alte Krieg wird geführt in einer der fruchtbaren Region Europas von zwei der größten Getreideproduzenten der Welt.“ (21.7.)

Die EU erklärt sich bereit, die den Getreide-Export behindernden Sanktionen vorübergehend aufzuheben. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Zakharova: „Wir erwarten, dass das Handeln der EU bei der Ernährungssicherheit dazu führt, dass die Bedingungen für den ungehinderten Export von Getreide, Düngemitteln und Zutaten für ihre Produktion damit geschaffen werden.“ Denn die kurzsichtige Energie- und Wirtschaftspolitik des Westens sei – neben der Corona-Pandemie – der eigentliche Grund für die

Preissteigerungen bei den landwirtschaftlichen Produkten sowie Gas und Öl. (23.7.)

Raketen sind im Hafen von Odessa eingeschlagen. UN-Generalsekretär Guterres verurteilt den Angriff und fordert alle Beteiligten auf, zu den Vereinbarungen zu stehen. Der ukrainische Außenminister: Das sei ein „Spucken ins Gesicht“ der gerade geschlossenen Vereinbarungen. Das Militär erklärte, es seien vier Raketen abgeschossen worden, von denen zwei von der Abwehr vernichtet werden konnten. Gouverneur Maksym Marchenko (Odessa) sagt, es habe Verwundete und Sachschäden gegeben, ohne Zahlen zu nennen. Selenskyj bei einem Treffen mit US-Abgeordneten: „Das beweist eine Sache: Egal, was

Moskau sagt und verspricht, es wird immer Wege finden, sich nicht daran zu halten.“ Russische Verhandlungsführer sagen dem türkischen Verteidigungsminister Hulusi Akar in Istanbul, sie hätten absolut nichts zu tun mit dieser Attacke und man werde das in Moskau sehr genau überprüfen.“ (25.7.)

Das Ergebnis dieser Überprüfung teilt tags darauf Außenminister Lawrow⁷ mit: „Es wurden ein ukrainisches Kriegsschiff und aus dem Westen gelieferte Waffen getroffen.“ Außerdem sei eine ukrainische Armee-Reparatur- und Ausrüstungswerkstatt getroffen worden. Lawrow versichert dem ägyptischen Außenminister Samih Schukri bei einer Pressekonferenz: „Wir bestätigen die Bereitschaft, das Abkommen über den Export voll und ganz zu erfüllen.“ Die Ukraine bestätigt, dass bei dem Angriff auf Odessa kein dort gelagertes Getreide getroffen wurde. (26.7.)

Die Unterzeichner des Abkommens von Istanbul versichern, es werde keine Angriffe auf Handelsschiffe geben, die durch das Schwarze Meer zum Bosporus fahren. Der Angriff auf Odessa habe nur militärischen Zielen gegolten, stünde also in keimem Zusammenhang mit dem Abkommen. (Lawrow) (27.7.)

Unter anderen zeigt dieser Vorfall, dass trotz der Verhandlungen über die Getreideexporte der Krieg unverändert intensiv weiter geführt wird – genau wie in den Jahren 1968 bis 1973, als in Paris die Verhandlungen zwischen den USA

und der DRV liefen und gleichzeitig Nordvietnam weiter bombardiert wurde.

Die Kämpfe um das Donez-Becken sind die intensivsten seit Beginn des Krieges. In der noch nicht russisch besetzten Zone sollen noch 200.000 bis 220.000 Menschen leben. Selenskyj fordert die Bevölkerung auf, zu fliehen. In der von russischen Truppen besetzten Stadt Olenivka soll ein Lager mit ukrainischen Kriegsgefangenen bombardiert worden sein. Die Ukraine beschuldigt Russland und spricht vom „Olenivka-Massaker“. Der Menschenrechtsbeauftragte der Ukraine Dmytro Lubinets fordert, dass das internationale Komitee des Roten Kreuzes dort ermitteln solle. Russlands Verteidigungsminister behauptet, die Ukraine habe das Lager selber mit Langstreckenraketen aus den USA angegriffen. „Ukrainische Nazis machen den vergeblichen Versuch, uns für das Verbrechen anzuklagen.“ Dem Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow zufolge habe das ukrainische Militär mit Hilfe des US-HOMARS-Systems⁸ ein Untersuchungsgefängnis in der Siedlung Jemenowka angegriffen, wo gefangen genommene ukrainische Soldaten festgehalten wurden, darunter auch Angehörige des Asow-Regiments. Nach den letzten Meldungen sind dabei 50 Ukrainer umgekommen und 70 verwundet worden.

Ein ukrainischer Regierungssprecher verkündet, man habe Getreidefelder

⁷ der sich auf einer Afrikareise befindet, aus Kairo.

⁸ Siehe VNK 1/2022, S. 41



Foto: AFP

Frachtschiff "Razoni" in Odessa

rund um Mariupol in Brand gesetzt, damit die Ernte nicht in die Hände der Besatzer falle. (1.8.)

Am 1.8. verlässt der erste Getreide-transport die Ukraine. Das Frachtschiff „Razoni“ unter der Flagge von Sierra Leone läuft aus dem Hafen von Odessa in Richtung Jordanien. UNO-Generalsekretär Guterres: „Wir hoffen, dass dieses Schiff, das erste unter der Realisierung der Abmachungen, nicht das letzte sein wird, und dass es die lange erwartete Entspannung in der globalen Lebensmittelknappheit bringen wird.“ (2.8.)

Der ukrainische Präsident Selenskyj warnt, es sei noch zu früh, an ein gutes

Ende zu denken und Voraussagen darüber zu machen, ob die Abmachungen auch von Russland eingehalten werden. Der ukrainische Minister für Infrastruktur kündigte an, dass noch 16 weitere Schiffe zum Lebensmittel-Transport bereit stünden. (AFP)

Selenskyj teilt mit, die Ukraine habe präzisere Raketen-Abwehrsysteme aus den USA und Deutschland erhalten. Damit sind die Lieferungen aus den USA auf den Wert von 8 Mrd. US-\$ angewachsen. (3.8.)

Die „Razoni“ ist in Istanbul eingetroffen, wo das Schiff von einem gemischten Team aus russischen und ukraini-

nischen Beobachtern kontrolliert wird. Selenskyj beschuldigt gleichzeitig Putin, er „stehle“ ukrainisches Getreide in den von ihm besetzten Gebieten und exportiere es in befreundete Länder in Afrika und dem mittleren Osten.

Auf einer Konferenz zur Verlängerung des Vertrages über die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen sagt der Vizedirektor der zuständigen Abteilung des Außenministeriums in Moskau, Igor Wischnewsky: „Wir weisen alle Behauptungen zurück, Russland habe die Ukraine ‚unprovokiert angegriffen‘. Kiews derzeitiges Regime ist durch einen Putsch an die Macht gekommen und begann sofort Verfolgungen und später einem bewaffneten Kampf gegen die russischsprachige Bevölkerung des Donbass. Acht Jahre lang töteten sie Zivilisten auf ihrem Territorium, weitgehend ohne bestraft zu werden. Und sie bereiteten ein militärisches Eindringen in Republiken vor, die sich praktisch von der Ukraine abgetrennt hatten. Diese unterzeichneten zwar die Minsker Abkommen⁹, die der einzige Weg waren, den Frieden in der Ukraine wieder herzustellen, aber die Autoritäten von Kiew haben sie nicht umgesetzt.“ Russlands Eingreifen sei eine erzwungene Antwort auf die Gräueltaten dort. „Wir werden detailliert antworten auf Andeutungen, wir würden mit nuklearen Waffen drohen und aktiv die nukleare und physikalische Sicherheit in der Ukraine bedrohen.“ (4.8.)

9 Vgl. VNK 1/2022, S. 32

Das Kernkraftwerk Saporischschja

Die Leitung der Internationalen Atomenergiokommission (IAEA) hat ernsthafte Bedenken geäußert, dass Raketen das Kernkraftwerk Saporischschja in der Ukraine treffen könnte. IAEA-Direktor General Rafael Grossi forderte alle Beteiligten auf, „die größtmögliche Zurückhaltung zu üben. Es besteht die reale Gefahr einer nuklearen Katastrophe.“ Der Reaktor sei schon mehrere Male abgeschaltet worden, weil Raketen in unmittelbarer Nähe niedergegangen seien. Beiden Seiten machen sich gegenseitig verantwortlich für diesen „nuklearen Terrorismus“. Die USA: „Russische Truppen missbrauchen den Reaktor als nuklearen Schutzschild“, während das russische Verteidigungsministerium verlautbaren ließ, ein Schaden am Reaktor habe nur durch „geschickte, kompetentes und effektives Eingreifen russischer Einheiten verhindert werden können“.

Amnesty International hat einen Bericht veröffentlicht, in dem die Ukraine beschuldigt wird, Zivilisten in Gefahr gebracht zu haben, indem militärische Einheiten bewusst während eines Angriffs in Wohnblocks gebracht wurden. Die Ukraine bestreitet dies. (8.8.)

Russische Behörden in der Stadt Enerhodar beschuldigen die Ukraine, am 8. August eine Rakete von einem Uragan-Mehrfachraketenwerfersystem eine Clusterbombe abgefeuert zu haben, die etwa 400 Meter neben einem laufenden Reaktor einschlug. Die ukrainische staatliche Energiefirma Enerhoatom sagte dagegen: „Erneut schossen die russischen

Besetzer eine Rakete auf das Kernkraftwerk und die Stadt, in der es steht, ab. AFP teilte mit, man könne die Behauptungen nicht bestätigen, es sei nicht überprüfbar, wer recht hat.

Amnesty International verlautbart, man bedaure den Kummer und die Angst, die man verursacht habe, als man der Ukraine verwarf, sie setze Zivilisten bewusst dem russischen Feuer aus.¹⁰ (9.8.)

Petro Kotin, Direktor von Energoatom: „Beide Seiten haben einander beschuldigt, die Kämpfe rund um das AKW Saporischschja auszutragen.“ „Was nötig ist, das ist der Abzug der Besetzungsstreitkräfte und die Schaffung einer entmilitarisierten Zone rund um das Kraftwerk.“ In Saporischschja soll ein Referendum stattfinden zur Eingliederung in Russland.(10.8.)

Der Leiter der Internationalen Atomenergiekommission, Rafael Grossi, warnt im Sicherheitsrat der UNO vor einer „Krise“ um das AKW Saporischschja. Selenskyj sagt im Fernsehen, diese sei nur zu vermeiden, wenn die Besatzung durch die russische Armee beendet würde. Die IAEA müsse unbedingt die Erlaubnis erhalten, dort zu recherchieren. Der russische Gesandte in der UNO, Wassili Alexejewitsch Nebensja: Das Kraftwerk in Saporischschja wird durch russische Fachleute betreut, die keinerlei Grund haben, das AKW oder die Stadt zu zerstören.“ Andere Behauptungen entbehren jeglicher Logik.

10 Siehe zu diesem Vorfall den gesonderten Artikel in diesem Heft

Kiew wirft Russland vor, die russische Armee benütze die Reaktoren zu militärischen Zwecken. Das sei eine Taktik der ukrainischen Streitkräfte, die ja ihre Schlachtpositionen auch in bewohnten Gebäuden zu beziehen pflegen. „Ihre kriminellen Attacken auf die Reaktoren bringen die Welt an den Rand einer nuklearen Katastrophe.“ Der russische Diplomat versichert zur selben Zeit, dass seine Regierung nichts gegen einen Besuch der IAEA in Saporischschja habe und fordert die UNO auf, diesen Besuch noch im laufenden Monat anzuordnen. (13.8.)

Selenskyj beschuldigt weiterhin Russland der Bombardierung des Kraftwerk. „Sie veranstalten andauernd Provokationen, indem sie das Territorium um das Kraftwerk mit Raketen beschießen und weitere Truppen dorthin bringen. Sie wollen uns damit erpressen, dass sie hinter dem Kraftwerk Artillerie verstecken, damit wir sie nicht angreifen können.

Dass sie gerade das tun, behauptet die russische Seite, z.B. Vladimir Rogov, Mitglied der von Russland eingesetzten Verwaltung der Stadt Enerhodar: „Die Stadt und das Kraftwerk werden immer wieder von Selenskyj unter Feuer genommen.“ Die Raketen schlagen an den Ufern des Dnipro-Flusses¹¹ ein. (15.8.)

UN-Generalsekretär Guterres trifft sich mit Selenskyj und dem türkischen Präsidenten Erdogan in Lviv (Lemberg). Es soll über eine „politische Lösung“ des

11 Der Fluss ist die Grenze zwischen der Ukraine und den von Russland besetzten Areal um das AKW.



Foto: AFP/VNS

Treffen in Lviv

Konflikts gesprochen werden. Danach will Guterres weiterreisen nach Odessa.

Auf der Krim hat es eine Explosion auf einem Militärgelände gegeben, eine Elektrizitätsstation wurde beschädigt. Die Ukraine hat offiziell jegliche Beteiligung an dem „Sabotageakt“ abgestritten. Aber in höheren Kreisen der ukrainischen Armee gab es ein Gerücht, man habe mit der Explosion die Stromversorgung aus dem Atomkraftwerk Saporischschja unterbrechen wollen.

Sprecher der UNO Dujarric: „Es besteht kein Zweifel daran, dass die Vorkommnisse im Kernkraftwerk bei dem Treffen in Lviv zu Sprache kommen müssen.“ (18.8.)

Nach dem Treffen in Lviv zeigte sich UN-Generalsekretär Guterres zufrieden. Man habe sich bemüht, die gute Atmosphäre der Gespräche mit Russland

in Istanbul zu nutzen um Friedensverhandlungen zu erreichen. Erdogan: „Ich glaube weiterhin, dass der Krieg letztlich am Verhandlungstisch enden wird.“ Dazu gab es keine direkte Reaktion aus Moskau. (20.8.)

Russland plant, gegen in Mariupol gefangene ukrainische Soldaten öffentliche Gerichtsverfahren zu veranstalten. Selenskyj: „Wenn diese verabscheuungswürdigen Verfahren stattfinden, wenn unsere Leute in diese Lage gezwungen werden, die gegen alle Abmachungen und internationalen Gesetze verstößt, dann ist das ein Missbrauch. Das wird die Linie sein, jenseits derer es keine Verhandlungen mehr geben wird.“

In der EU wird über die Einrichtung einer zentralen Ausbildungsstätte für ukrainische Soldaten nachgedacht. „Das wird natürlich eine große Sache sein.“

„Es scheint sinnvoll zu sein, dass ein Krieg, der andauert und noch weiter anzudauern scheint, nicht nur Anstrengungen militärischer, sonder auch anderer Art erfordert.“ (Josep Borrell¹²) Das soll in der nächsten Wochen beim Treffen der EU-Verteidigungsminister in Prag besprochen werden.

In der Umgebung von Moskau gab es einen Bombenanschlag auf einen Bus, bei dem Daria Dugina, die Tochter des Milliardärs, „Hardliners und Ideologen“ (VNS) und „Neofaschisten“ (Wikipedia) Alexander Dugin umkam. Der russische Geheimdienst FSB: „Das Verbrechen wurde vorbereitet und ausgeführt vom ukrainischen Spezial-Geheimdienst“.

Sitzung des Sicherheitsrates der UNO auf Antrag der USA, Frankreichs und Englands. Guterres erinnert vor allem an die Gefahren beim AKW Saporischschja. Der per Video zugeschaltete Selenskyj: „Russland muss bedingungslos das Kernkraftwerk räumen.“ Der russische Vertreter im Sicherheitsrat erzwingt eine Abstimmung darüber, ob Selenskyj überhaupt ein Rederecht hat. Wird abgelehnt mit einer Neinstimme und einer Enthaltung (China). Laut TASS bestreitet die russischen Botschaft in den USA, dass es Tribunale gegen ukrainische Kriegsgefangene gegeben habe. „Die Gerichtsprozesse haben das Ziel, Kriegsverbrecher anzuklagen, unter ihnen Nazis des Azow-Regiments. Wa-

shington ist natürlich nicht daran interessiert, dass Gräueltaten dieser terroristischen Organisation in die Öffentlichkeit gelangen.“ Russland beachte genau die Genfer Konvention und garantiere einwandfreie Lebensbedingungen für die ukrainischen Kriegsgefangenen.

Russland und die Ukraine beschuldigen sich weiterhin gegenseitig, auf das Kraftwerk Saporischschja zu schießen. Energoatom, die ukrainische Betreiberfirma, behauptet, die Infrastruktur der Anlage sei beschädigt worden, es bestehe die Gefahr von Wasserstofflecks, des Entweichens von Radioaktivität und Brandgefahr. Die Anlage arbeite derzeit ohne Rücksicht auf Sicherheitsstandards. Russland behauptet, die Schüsse kämen vom anderen Ufer des Dnipro.

Die russische Delegation beim Sicherheitsrat hat eine ausführlich Dokumentation über diese ukrainischen Angriffe der UNO vorgelegt. Demnach hätten die ukrainischen Streitkräfte „die Anlage häufig angegriffen, mit Drohnen, schwerer Artillerie und Mehrfachraketenwerfersystemen. Am 23.8. habe man an die Bewohner des Distrikts Khortytskyi Jodtabletten verteilt, um die Gefahr eines Strahlenlecks zu mindern. Bewohner in der Nähe des Kraftwerks hätten seit Beginn des Krieges schon mehrfach Jodtabletten erhalten. Ein Kontrollbesuch der IAEA werde in einigen Tagen erwartet. (29.8.)

Im Streit um das AKW sei er bereit zu vermitteln, lässt der türkische Präsident Erdogan wissen. Dieses Angebot habe er an Putin gerichtet, ob auch an die

12 katalanischer/spanischer Politiker, früherer spanischer Außenminister und seit 2019 Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Europäischen Kommission von der Leyens



Foto: AFP/VNA

AKW Saporischschja

Ukraine, ist nicht bekannt.

Die inzwischen vor Ort eingetroffene Delegation der IAEA, bestehend aus 14 Personen, gab ersten Bericht: „Das ukrainische AKW Saporischschja ist erneut kurzzeitig vom Verteilernetz getrennt worden, versorgt aber weiterhin über eine Reserveleitung die Ukraine mit Strom. (5.9.¹³)

Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal besucht die Bundesrepublik. Er forderte die EU auf, „ganz auf das russische Gas zu verzichten“, denn Russland habe einen Energiekrieg gegen Europa vom Zaun gebrochen. „Nach dem Embargo für Öl und Kohle muss jetzt eines auf Gas folgen.“ Wenig später wollen sich die Verteidigungsminister der EU und der USA in Berlin treffen.

Etwa hundert deutsche Soldaten sind in Litauern eingetroffen, um die

Präsenz der NATO an der östlichen Flanke zu verstärken.

Nach der Aussage von Wladimir Rogow von der zivilen (russischen) Administration der Region Saporischschja könne die Delegation der IAEA ihre Mission auch zeitlich ausdehnen, wenn dies nötig würde. Die Angestellten der Anlage hätten stets versucht, mit den Regulierungen zurecht zu kommen. Das war offenbar nicht immer einfach.“ (TASS) (6.9.)

Die IAEA, immer noch vor Ort, meldet, dass trotz wiederholte Abschaltungen, z.B. wegen eines Feuers, die Notfallleitungen immer noch genügend Elektrizität erzeugten, so dass die Anlage in Sicherheit weiterlaufen könne. Nach der Reparatur der Hauptleitung könne die Anlage nun wieder normal laufen. Inzwischen sind nur noch zwei Kontrolleure der IAEA vor Ort, die allerdings vorerst dort bleiben werden. Grassi wer-

13 Wegen der Feiertage ist die VNS vom 1. bis 4.9. nicht erschienen.

de dem Sicherheitsrat der UNO einen Bericht vorlegen. Ukraine-Präsident Selenskyj: „Russland wird sich nicht an das halten, was die IAEA sagen wird.“ Saporischschja ist inzwischen zu einem weiteren zentralen Element des Energiestreits zwischen Russland und der EU geworden. (VNS)

Die Ukraine „erhob am Montag (5.9.) die bislang dreistesten (boldest) Behauptungen¹⁴ über Erfolge auf dem Schlachtfeld bei der Gegenoffensive im Süden, indem es Bilder von einem Soldaten veröffentlichte, der die ukrainische blau-gelbe Flagge auf einem Dach hisst, angeblich in Vysokopillya nördlich von Cherson.“ Selenskyj: „Wir wollen unser Territorium zurück. Wir können diesen Konflikt jetzt nicht einfrieren. Wir müssen Schritt für Schritt unser Territorium zurückerobern.“ (Reuters). (7.9.)

In ihrem Bericht für den Sicherheitsrat der UN fordert die IAEA eine Sicherheitszone rund um das Atomkraftwerk. „Die gegenwärtige Situation ist unhaltbar. Es sind dringende Maßnahmen nötig, um einen Atomunfall zu vermeiden. Die könnte geschehen, indem man eine Sicherheits- und Schutzzone einrichtet.“ Russland beklagt, dass in dem Bericht nicht die Ukraine als Angreifer genannt wird. „Wir verstehen Ihre Position als eine internationale Regulierungsbehörde, aber in der gegenwärtigen Situation ist es wichtig, dass alle Dinge beim Namen genannt werden.“, so der russische Gesandte bei der UNO, Wassili Nebensja bei einer Sit-

zung des Sicherheitsrates. „Wenn die Provokationen des Kiewer Regimes weitergehen, gibt es keine Garantie vor ernsthaften Konsequenzen, für die Kiew die Verantwortung trägt, und die Verantwortung für solche Lügen liegt bei Kiew, seinen westlichen Unterstützern und den anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates.“ Selenskyj begrüßt demgegenüber, dass im Bericht Russland als „Besatzer des Atomkraftwerk“ genannt werde. Wenn die geforderte Sicherheitszone bedeute, dass die Anlage „entmilitarisiert“ werde, dann sei er damit einverstanden. (8.9.)

US-Außenminister Blinken besucht Ukraine. Zusage für weitere Militärhilfe in Höhe von 28. Mrd. US-\$ „als Zuschuss zur Gegenoffensive.“ Selenskyj: „Unsere Helden haben schon Dutzende von Siedlungen befreit. Seit dem 1. September haben wir schon 1.000 qkm zurückerobern.“ Blinken versichert, dass die Unterstützung der USA beibehalten werde „bis die Aggression aufhört und die Ukraine die volle Souveränität zurückerobern haben wird.“ Dafür erhielt er einen ukrainischen Orden. Der russische Gesandte bei der UNO kommentiert dies: „Die ukrainische Bevölkerung ist einer regelrechten Gehirnwäsche ausgesetzt durch solche Behauptungen. Die Implikationen eines solchen Massenbetrugs sind äußerst bedauerlich für die Ukrainer.“ (AFP, Reuters, TASS) (10.9.)

Die Kämpfe im Donez gehen weiter. Russland „regruppier“ seine Truppen. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock kommt zu einem Über-

14 So wörtlich in der VNS

raschungsbesuch in die Ukraine. Eine Woche zuvor war der Premierminister der Ukraine in Berlin gewesen und hatte weitere Waffenlieferungen eingefordert. Baerbock sichert die Lieferung von „Waffen und von humanitärer und finanzieller Hilfe“ zu, ohne weitere Details zu nennen. (12.9.)

Westliche Staaten erhöhen ihre Waffenproduktion, um die Lieferungen in die Ukraine auszugleichen (Treffen der Ukraine Kontaktgruppe in Ramstein). USA verlangen, dass die übrigen NATO-Staaten mehr Waffen liefern, um die US-Streitkräfte zu entlasten.

Die Ukraine meldet neue Territorialgewinne, Moskau bestätigt Verluste. Vor allem der Verlust der Stadt Izyum sei „ein harter Schlag für die russischen militärischen Ambitionen“, so zitiert die VNS Experten.

Der russische Außenminister Lawrow in einem Fernsehinterview: „Russland lehnt Verhandlungen mit der Ukraine nicht ab, und ihre erneute Verschiebung wird die Möglichkeiten, zu einem Abkommen mit Moskau zu kommen, nur noch komplizierter machen.“ Aber Kiew sei wohl der Meinung, dass Verhandlungen erst nach einem Sieg der Ukraine stattfinden könnten. (13.9.)

Die Ukraine und Moskau „haben Anzeichen erkennen lassen, dass sie daran interessiert seien, in Saporischschja eine Schutzzone einzurichten“ so Rafael Grossi auf der jährlichen Konferenz der IAEA in Wien. „Was jetzt wirklich nützlich wäre, ist ganz einfach: eine Einnigung von Russland und der Ukraine da-

hingehend, dass sie das Kernkraftwerk nicht angreifen und nicht beschießen werden.“ Dies könnte leicht realisiert werden, indem man einen Radius um das Territorium der Anlage vereinbart, innerhalb dessen militärische Aktionen seinen normalen Betrieb beeinträchtigen würden und die deshalb verschont bleiben müssten. Man sei mit beiden Seiten in Verhandlungen, und es würden viele Fragen gestellt. Die Ukraine verlangt stattdessen die komplette Aufhebung der russischen Besatzung des gesamten Gebiets. Moskau erklärt sich bereit, mit der IAEA weiter zu verhandeln, um eine „nicht politisierte Lösung“ zu erreichen.

Chancen für einen Frieden?

Putin und der chinesische Parteichef Xi Jinping treffen sich in Samarkand (Usbekistan) anlässlich einer Konferenz der „Schanghai Cooperation Organization“ (SCO)¹⁵. Xi hat dafür sein Land zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahren verlassen. (15.9.)

Die Chancen für einen Frieden in der Ukraine seien derzeit wirklich „minimal“, so UNO Generalsekretär Guterres nach einem Telefonat mit Putin. Er wolle aber trotzdem den Kontakt mit beiden Seiten aufrecht erhalten. Probleme scheinen die Abmachungen vom Juli für Ex-

15 Die SCO wurde 2001 gegründet und soll eine Alternative sein den westlichen Staatenbündnissen gegenüber. Außer China, Russland, Indien und Pakistan gehören ihr vier ex-sowjetische Länder an. „Die Mitglieder der SCO setzen sich für eine gerechte Weltordnung ein vor dem Hintergrund weitgehender geographischer Veränderungen.“ (Juri Uschakow in Moskau).

porte zu machen. Es war vereinbart worden, dass Russland den Export von Getreide aus der Ukraine nicht behindern werde, wenn auch Exporte aus Russland ermöglicht würden. Putin behauptet aber, dies sei nicht der Fall. Die Exporte aus Russland seien weiterhin durch die Sanktionen des Westens behindert. „Es gab zwar einige Exporte von Lebensmitteln und Düngemitteln, aber viel weniger als nötig und erwünscht.“ So falle zum Beispiel Ammoniak Dünger unter die Sanktionen.

Bei einem Besuch in der Stadt Izyum verspricht Ukraine-Präsident den Endsieg: „Unsere blau-gelbe Fahne flattert jetzt hier in Izyum. Und das wird bald in jeder ukrainischen Stadt und jedem ukrainischen Dorf auch so sein. Wir bewegen uns nur in einer Richtung: Zum Sieg.“ Bei der Rückkehr kollidiert sein Wagen mit einem anderen Auto, Selenskyj bleibt unverletzt. (16.9.)

Das Weiße Haus beschließt neben neuen Sanktionen gegen Russland eine weiterer Hilfeleistung für die Ukraine: 600 Mio. US-\$ „für den Gegenangriff“.

Ursula von der Leyen zu Besuch in Kiew: „Wir können euch sagen, dass Ihr eure europäischen Freunde auf eurer Seite haben werdet, solange es auch immer dauern mag.“ Der russische Botschafter in den USA, Anatoly Antonow, kommentiert die neue Welle von Sanktionen, er kritisiert „Washingtons Hartnäckigkeit, die die Spirale der Sanktionen immer weiter treibt. Die Verantwortlichen in den USA weigern sich anzuerkennen, dass einseitige illegitime Schritte unge-

eignet sind, ihre Ziele zu erreichen. Im Gegenteil, sie wirken sich negativ auf die Interessen der USA und auf die Erholung der globalen Wirtschaft aus.“ Laut dem Gesandten Russlands bei der UNO könnten die Sanktionen bewirken, dass Russland seine Beiträge zu UNO-Programmen wie WFP (World Food Programme) und UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) einstellt. (17.9.)

Inzwischen haben 3,7 Mio. t Getreide (165 Schiffsladungen) ukrainische Häfen verlassen, das bedeutet: täglich bis zu 10 Schiffe. (19.9.)

Neue Erfolge der ukrainischen Armee. Selenskyj: „Vielleicht haben manche den Eindruck, es würde jetzt eine Pause geben. Nein, es gibt keine Pause. Wir bereiten die nächsten Siege vor. Denn die Ukraine muss befreit werden. Die ganze Ukraine.“ US-Präsident Biden schließt sich dieser Sprachregelung an.

„Den Krieg in der Ukraine bedeutet, Russland ganz aus der Ukraine zu vertreiben und das Land komplett zu befreien. (...) Sie sind dabei, Russland zu besiegen.“ (Interview mit CBS am 16.9.) Die Nachrichtenagentur Reuters teilt zum wiederholten Mal mit, es gebe keine unabhängigen Möglichkeiten, die Siegesmeldungen aus Kiew zu verifizieren.

Der stellvertretende Repräsentant Russlands bei der UNO Dmitry Polyanskiy sagt: „Es ist widerlich, dass die Waffenlieferungen an die Ukraine ein äußerst lukratives Geschäft für die USA und Großbritannien sind. Wo bleiben da die berüchtigten (notorious) ,westlichen

Werte“?“ (20.9.)

Selenskyj in der Vollversammlung der UNO am 19.9: „Die Ukraine fordert die UNO auf, Russland das Vetorecht im Sicherheitsrat zu nehmen“, nachdem eine Verurteilung des Landes wegen „Kriegsverbrechen“ am dessen Veto gescheitert ist.

Putin kündigt eine Teilmobilisierung in Russland an sowie Schritte zur Aneignung von vier ukrainischen Provinzen durch „Referenden“. Erneute Drohung mit Atomwaffen („kein Bluff“). Zwischen Russland und der Ukraine gab es einen unerwarteten Gefangenenaustausch, umfassend ca. 300 Personen, darunter 10 Ausländer. Der Austausch soll auf Anregung Saudi-Arabiens erfolgt sein. (23.9.)

Russland hat eine Sitzung des Sicherheitsrates verlangt. Thema: die russischen Referenden. Die Absicht Russlands, in den von ihm besetzten Provinzen Referenden abzuhalten, stößt auf internationalen Widerstand. Eine entsprechende Verurteilung des Sicherheitsrates verhindert Russland durch sein Veto. (26.9.)

Die Untersekretärin für Friedenstiftende Aktionen der UNO im Sicherheitsrat, Linda Thomas-Greenfield, sagt daraufhin. „Die UNO bleibt voll der Souveränität, Einheit, Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine in ihren anerkannten Grenzen verpflichtet.“ Darüber werde eine unmissverständliche Meldung nach Moskau geschickt, wenn Russland sich im Sicherheitsrat seiner Verantwortung entziehe.

Putin droht, in den besetzten und dann annektierten Gebiete Atomwaffen zu lagern. (29.9.)

Im großen Kreml-Palast unterzeichneten Putin und die Vertreter der neuen „Volksrepubliken“ die „Vereinigungserklärungen“ mit Russland. Diese sollen trotzdem „unabhängig“ bleiben. Die Mitgliedstaaten der UNO werden von Generalsekretär Guterres aufgerufen, die „annektierten Gebiete nicht anzuerkennen“. Die UNO verurteilt die Annexionen als eine „gefährliche Eskalation“. Durch sie entstehe eine wichtige Landverbindung zwischen dem Festland und der Halbinsel Krim. Zusammen mit der Krim machen die neuen annexierten Gebiete rund 20 Prozent des Territoriums der Ukraine aus. Der US-Senat gibt weitere 12 Mrd. US-\$ an Hilfe frei. (1.10.)

Lyman, eine Stadt, die in den jetzt „unabhängigen“ Gebieten liegt, wird von ukrainischen Truppen umzingelt und erobert. Russlands Verteidigungsminister: „Wir haben unsere Truppen auf „günstigere Linien“ zurückgezogen“.

Besuch der deutschen Verteidigungsministerin in Odessa. Gastgeber verlangen Kampfpanzer.

Der Leiter des AKW Saporischschja, Igor Murashov, ist anscheinend von den russischen Besatzern verhaftet worden. Kiew verlangt Freilassung.

Selenskyj erklärt, er werde niemals Gespräche mit Russland führen, solange Putin im Amt sei. Er fordert die NATO auf, den Beitritt der Ukraine zu beschleunigen. US-Außenminister: „Wir sind der „Politik der offenen Tür“ der

NATO verpflichtet, aber eine Neuaufnahme bedarf der Zustimmung aller 30 Mitgliedsländer“. (3.10.)

Der Befehlshaber der russischen Truppen in Saporischschja beschuldigt Kiew, den Zugang zum Checkpoint Vasilievka im Gebiet um das AKW gesperrt zu haben. (4.10.)

Das AKW Saporischschja sei „in keine Weise gefährdet“ durch die Verhaftung seines Leiters, so die IAEA (von der noch immer ein Vertreter vor Ort ist). Grossi: „Es besteht kein Risiko“. Murashov ist zwei Tage nach seiner Verhaftung wieder auf freiem Fuß. Der AKW-Leiter sei festgenommen worden, als er in die russisch kontrollierte Stadt Enerhodar reisen wollte. Grossi wird in Moskau und Kiew zu Gesprächen über die Einrichtung einer Sicherheits- und Schutzzone um das AKW erwartet.

Die USA werden u.a. vier neue HIMARS-Einheiten liefern, zusätzlich zu den schon in der Ukraine befindlichen 16 Einheiten. Selenskyj meldet, man habe weitere „Dutzende Ortschaften befreit. (6.10.)

In der UNO-Vollversammlung, wo Russland turnusmäßig den Vorsitz hat, findet eine Debatte über die Annexionen statt. Es liegt in Resolutionsentwurf vor, der diese in scharfer Form verurteilt. In einem Schreiben Russlands an alle Mitglieder heißt es: „Die Resolution dient nur den geopolitischen Interessen der

USA.“ Diese übten einen „immensen Druck“ auf alle Staaten aus. In der Debatte beklagten sich einige Entwicklungsländer, dass der Westen die gesamte Aufmerksamkeit der UNO derzeit nur auf die Ukraine konzentriere. (11.10.)

Russlands Außenminister Lawrow bietet erneut offiziell Gespräche mit den USA an. Man sei zu Verhandlungen mit Kiew bereit, sowohl unter Beteiligung der USA oder auch der Türkei, um Wege zu einem Ende des Krieges zu finden. Dies wird in Washington als „Gehabe“ (posturing) abgelehnt, weil Russland die Ukraine weiterhin angreife. Auch Selenskyj schließt weiterhin Friedensgespräche mit Putin kategorisch aus. (Reuters). (13.10.)

Die UNO-Vollversammlung verurteilt Russlands „Annexion“ von ukrainischem Land. Es gibt 143 Fürstimmen und 35 Enthaltungen. In der Resolution werden alle Länder aufgefordert, die vorgenommenen Grenzveränderungen nicht anzuerkennen. In der Debatte hatten Vertreter westlicher Staaten behauptet, dass Russland nicht wirklich an einem Frieden interessiert sei. Der Vertreter Indiens stellte fest, dass der „gesamte globale Süden unter beträchtlichen Kollateralschäden leidet“. (14.10.)

Hier müssen wir unseren Bericht für dieses Mal erneut abbrechen. Redaktionsschluss dafür war der 15. Oktober. Fortsetzung wird folgen müssen. (Red.)